



Baden-Württemberg.de

📅 14.01.2015

ONLINEBEFRAGUNG

Diskriminierung und Gewalt aufgrund sexueller Identität oft noch Alltag



Viele Menschen in Baden-Württemberg erfahren aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität immer noch Benachteiligungen, Diskriminierungen oder Gewalt. Dies zeigen die Ergebnisse einer von Sozialministerin Katrin Altpeter vorgestellten Onlinebefragung zur Lebenssituation von LSBTTIQ-Menschen in Baden-Württemberg.

Mehr als zehn Prozent der über 2.000 schwulen, lesbischen, bisexuellen, transsexuellen, transgendern, intersexuellen und queeren Teilnehmenden hatte bei der Befragung angegeben, in den vergangenen fünf Jahren mindestens einmal Opfer von körperlicher oder seelischer Gewalt geworden zu sein. Mehr als die Hälfte hatte zudem erklärt, in dieser Zeit mindestens einmal Opfer von Diskriminierung geworden zu sein. Ministerin Altpeter zieht aus diesen Zahlen den klaren Auftrag, den Abbau bestehender Diskriminierungen im Südwesten konsequent weiterzuverfolgen.

Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ kommt vor dem Sommer ins Kabinett

Altpeter: „Viele Menschen in Baden-Württemberg glauben, dass Hetero- und Homosexuelle heute vollkommen gleichgestellt sind und von der Gesellschaft gleich behandelt werden – aber das ist ein Trugschluss. Deshalb erarbeitet die Landesregierung unter der Federführung des Sozialministeriums zurzeit einen Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte“. Die Ergebnisse der Onlinebefragung fließen in diese Arbeit ein. Mit dem Aktionsplan werden wir bestehende Benachteiligungen überall dort bekämpfen, wo Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung benachteiligt, angefeindet, schräg angeschaut oder angegriffen werden.“ Der Aktionsplan werde noch vor dem Sommer ins Kabinett gebracht, so Altpeter. Für erste Umsetzungsmaßnahmen in diesem und im kommenden Jahr stehen insgesamt eine Million Euro zur Verfügung.

Nur 35 Prozent der Gewaltopfer wenden sich an Polizei und Justiz

Als „erschreckend“ bezeichnete Ministerin Altpeter die Tatsache, dass nur 35 Prozent der an der Befragung Teilnehmenden, die aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität Opfer von Gewalt geworden sind, die Tat bei Polizei oder Justizbehörden angezeigt hatten. Die Ministerin appellierte an Betroffene, Gewalttaten zur Anzeige zu bringen: „Täter von Hassverbrechen dürfen wir nicht ungestraft davonkommen lassen.“ Niemand müsse Angst haben, von den Behörden nicht ernstgenommen zu werden. „Polizei und Justiz sind für das Thema sensibilisiert“, betonte sie. Zu diesem Schluss kommen auch die Befragten, die sich nach einer Gewalttat an die Behörden gewandt hatten. Sie gaben größtenteils an, dass ihre Erlebnisse ernst genommen und konsequent verfolgt worden und sie selbst respektvoll behandelt worden seien.

Wunsch nach mehr Aufklärung

Einig sind sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Befragung in ihrem Wunsch nach mehr Aufklärung in der breiten Öffentlichkeit. Durch mehr Verständnis für verschiedene sexuelle und geschlechtliche Identitäten erhoffen sie sich eine Verbesserung ihrer Lebenssituation. Zudem hoffen sie auf weitere Anlauf- und Beratungsstellen insbesondere auch in ländlichen Gebieten, an die sich Menschen etwa vor einem Outing oder bei Mobbing Erfahrungen wenden können.

[Ergebnisse der Onlinebefragung \(PDF\)](#)

[Aktionsplan Akzeptanz und gleiche Rechte](#)